DM 1,-

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

September 09/1999

Menschen seid wachsam!

INTERNATIONALER GEDENKTAG FÜR DIE OPFER VON FASCHISMUS UND KRIEG

Armin Stolle spricht am Sonntag, 12. September 1999 um 11.00 an der Ehrenanlage für KZ-Opfer und Soldaten auf dem Osterholzer Friedhof, (Treffpunkt Haupteingang) Weitere RednerInnen sind bei der Gruppe Christinnen und Kommunistinnen und der Gesamtschülerinnenvertretung angefragt.

Nach einem Bombenangriff auf Berlin gelang einer Reihe von Häftlingen die Flucht aus Plötzensee.

Zwischen dem 7. und 9. September 1943 wurden in einer nächtlichen Mordorgie 360 politische Gefangene aus dem besetzten Europa in Plötzensee erhängt. Ihrer Gedenken wir seit 1947 alljährlich am 2. Sonntag im September.

Den Grundstein für die Ehrenanlage für KZ-Opfer legte am 14. September 1947 Wilhelm Kaisen. In der Grabstätte wurden die Urnen von 577 Personen beigesetzt. Der Grabhügel erinnert an 6.000 Menschen aus dem besetzten Europa, die in KZ und Zwangsarbeiterlagern in Bremen und umzu zu Tode kamen. Gegenüber liegen 653 deutsche Soldaten in Einzel- und Massengräbern. Eberhard Peters schrieb am 9.9.47 im Weser-Kurier:
"Die Toten mahnen - damit nicht unsere Kinder demselben Moloch geopfert werden".

Die Gräber von Karl Metz und Martin Tandecki auf dem Osterholzer Friedhof

Nicht weit davon liegen etwas versteckt die Gräber von Martin Tandecki (1944 gestorben) und Karl Metz (am 22.10.1943 vom Volksgerichtshof wegen "Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung" zum Tode verurteilt). Karl Metz wurde zur Last gelegt, Bessarabiendeutschen gegenüber die totale Kriegsführung schlecht gemacht zu haben. Zwei Bauern hatten ihn denunziert.

Raimund

Ehemalige Zwangsarbeiter/-innen aus der Ukraine besuchen Bremen

Besuchsprogramm in Bremen

Die Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter/innen wird sich vom 10.-17.10.1999 in Bremen aufhalten.

Im Zentrum des Besuches steht die für die Betroffenen schmerzvolle Konfrontation mit der eigenen Geschichte als Zwangsarbeiter/innen an den Orten der ehemaligen Arbeitsstätten und Lager.

Von den Besucher/innen wurde aber auch der Wunsch nach öffentlichen Begegnungen und Veranstaltungen und eher touristischen Programmpunkten geäußert..
Ebenso besteht bei vielen das Interesse, den Alltag im heutigen Bremen kennenzulernen, wofür sich Einladungen bei privaten GastgeberInnen anbieten würden.
Das Besuchsprogramm bleibt somit in weiten Teilen auf aktive Mithilfe und Unterstützung von Interesssierten angewiesen.
Insbesondere werden noch Begleitpersonen für die Ausflüge und Dolmetscher/innen (mit deutsch/russischen bzw. deutsch/ukrainischen Sprachkenntnissen) gesucht.

Nähere Informationen sind zu erhalten bei:
Verein Waljerjan Wróbel
Verein Zwangsarbeit e.V.
c/o Am Staatsarchiv 1
28203 Bremen
Tel.: 0421- 361-6528
Fax: 0421-361-10247

Ein Dank des Kassierers

Die Herausgabe unseres "BAF" wird sehr begrüßt und positiv eingeschätzt. Die Zusammenstellung erfolgt ehrenamtlich, der Druck und Versand bringt jedoch nicht unerhebliche Kosten mit sich. Wir legen daher ab und zu beim Versand einen vorbereiteten Überweisungsvordruck bei. Nach der Herausgabe des Juli/August BAF waren wir sehr erfreut, haben doch etliche Leserinnen und Leser BAF-Spenden überwiesen.
Dafür bedanken wir uns recht herzlich und würden uns freuen, wenn auch weiterhin davon Gebrauch gemacht wird. Auf Wunsch stellen wir eine Spendenbescheinigung aus.

Friedel Becker Landeskassierer

Zur Streit-Diskussion um den Sedanplatz

Der Streit ist nicht neu. Bremen-Norder Jungsozialisten forderten 1993 die Umbenennung des "Sedanplatzes" in "Willy-Brandt-Platz". Sie wollten damit die militaristische Tradition beenden. Der CDU schmeckte das nicht. Ihre Meinung: Den Namen erhalten! Er hat sich in den Jahrzehnten eingebürgert. In anderen Ländern werden Straßen und Plätze auch nach militärischen Geschehen benannt. In Ostfriesland gibt es z.B. ein "Sedan-Denkmal". Auf der dazu gehörenden Tafel ist noch zu lesen: "... kommenden Generationen zur Nachahmung".

Eine solche "Nachahmung" dürfte der erste Weltkrieg unter Kaiser Wilhelm dem Letzten gewesen sein. Der zweite Weltkrieg unter Hitler war eine noch viel schlimmere "Nachahmung". Ganz zu schweigen vom Holocaust! Soll das so weitergehen?

Der erste CDU-Vorsitzende Adenauer versprach auf dem Kölner Parteitag 1946 "den nationalsozialistischen und militaristischen Geist in Deutschland auszumerzen". Wann ist das geschehen? Hat das die CDU inzwischen vergessen? Zu Bremen-Nord bemängelte sie 1993, "daß es bisher weder eine Straße noch einen Platz mit dem Namen von Karl Carstens" gibt. Das sei doch "ein verdienstvoller Politiker gewesen".

Frage: War Willy Brandt das nicht? Der war ein Gegner von Hitlers Krieg. Das kann von Karl Carstens nicht gesagt werden. Wo sind also die Verdienste von Karl Carstens? 1933 war er SA-Mann und wenig später wurde er Mitglied der Nazi-Partei. In der Wehrmacht zählte er zu den Durchhalte-Offizieren. Nach dem Krieg 1945 wurde er unter Adenauer geduldet, geschont und Repäsentant des Kalten Krieges mit Berufsverboten gegen Antifaschisten. Kräfte um F.J. Strauß hatten das erkannt und ihn als Kandidaten für das Bundespräsidentenamt vorgeschlagen. Als Bundespräsident wurde die Rechtsentwicklung von ihm verschärft fortgesetzt. Und diue hat sich in der CDU fortgesetzt.

Zurück nach Bremen-Nord. Seit einigen Wochen ist dort ein neues Gerangel um den Sedanplatz angelaufen. Nach einem Plan des Professors Fuchs aus Österreich soll auf dem Platz ein Symbalon, auch "Fuchsbau" genannt, erstellt werden. Die Kosten sollen nach Schatzung weit über 10 Millionen betragen. Angesichts der noch immer anhaltenden "Sparpredigten" einiger Regierungs-Oberer wrden Stimmen laut, die befürchten, daß mit der Verwirklichung des "Fuchsbaus" der bei den Menschen auf
dem Sedanplatz eingebürgerte Grünmarkt verdrängt wird. Und mit den Finanzen, die mit dem Symbolon "zum Fenster hinausgeworfen werden", könnten bessere, vernünftigere Objekte wie Kindergärten, Schulen, Spielplätze und sogar der Grünmarkt verbessert und verschönert werden.

Als das Bürgerhaus dort erbaut wurde, und zwar mit dem stolzen Namen "Gustav Heinemann", war ein guter Ansatz gemacht, der voll im Interesse der Menschen von Bremen-Nord liegt. Seit 1997 - als sich dort auch noch die internationale Friedensschule gründete - wird die Forderung der Bremen-Norder Jungsozialisten mit Recht eine zwingende Notwendigkeit. Auf diesen Gebieten sollten die Politik- und Regierungs-Oberen politisch und finanziell aktiver werden. Abbauen der Militär-Traditionen und Forderung von Friedensobjekten hilft Sparen am richtigen Platz.

Alois

Blumen für Farge

Anmerkungen zur Ausstellungseröffnung am 5. Juli 1999

"Anders als neu errichtete Denkmäler stellten authentische Orte historischer Ereignisse einen unmittelbaren und konkreten Bezug zur Vergangenheit her und seien deshalb unverzichtbarer Bestandteil politischer Bildungsarbeit", so laut Frankfurter Rundschau vom 26. Juni 1999 (...) Monika Hohlmeier von der CSU (aus) Anlaß (der) Eröffnung eines neuen Studien- und Dokumentationszentrums im ehemaligen KZ Flossenbürg! (...)

Wie ist das in Bremen? Es geht jetzt um (die) mögliche Zukunft des Zugangs zum Bunker (...) Wie lange brauchen wir das Mahnmal? Wie lange brauchen wir den Bunker? Bleiben die Verbrechen vorstellbar, wenn hier doppelt Nichts wäre? Bisher hat sich der Denkmalschutz nicht um diesen Komplex gekümmert. Kriegen wir es dann evtl. mit dem Naturschutz zu tun?

(...) Der Bunker ist kein lokales Ereignis, sondern ein Stück lokaler Europa- und Weltgeschichte! (...) Er stellt m.E. auf deutschem Boden die Manifestation des Großdeutschen Reiches ‚in Beton dar' gewaltig und gewalttatig gegenüber den Angehörigen der eigenen Nation und gegenüber den Arbeitssklaven aus ganz Europa!
Wie also mit diesen bombensicheren Schiffbauhallen umgehen, (...) wie mit dem KZ-Außenlager, menschenverachtend "hoch drei" im unterirdischen Treibstofftank, wie (umgehen) mit dem kriegsverbrecherischen Einsatz von Zehntausenden von Menschen? (...) Wie umgehen/einbeziehen den 2. und "privatisierten" Bunker an der Kap-Horn-Straße?

Zunächst würde ich alle endmilitarisieren, (...) also für ein Ende der Marine im Bunker, für ein Ende der Panzer rund ums Lager, rund um den kleinen Friedhof! (...) Mit der Öffnung des Tanklagers aus NS-Zeiten wäre das ein herrliches Naherholungsgebiet mit einem Garten der Erinnerung und einer künstlerisch ausgestalteten Lagerstraße, erinnernd auch an das A.E.L. der Bremer Gestapo-Leitstelle! "Wir brauchen dezentrale Orte der Erinnerung", so Roman Herzog am 27.1.99 (...).

Ich will daher auch kein U-Boot-Museum hier, kein 2. "Laboe" und kein 2. verharmlosendes "Technikmuseum Wilhelm Bauer", siehe Bremerhaven, keine Waffenschau! (...) Ich möchte insgesamt eine kulturelle Nutzung des Bunkers plus Musealisierung (...). Daher Kulturabteilung aufgefordert, in den Nutzungsvertrag des Theaters (...) einzusteigen plus Mittelanforderung bei Bundesregierung und EU wegen europäischer und internationaler Dimensionen! Zeitgleich möglich (...) Gedenkstättenstiftung Bremens (...) z. B. in Ex-Gestapo-Verw.-Zentrale Am Wall 199 (...) als zentralen Ort in Bremen für alle Opfer! (...)

Rainer Habel

Nachruf

Tief erschüttert vernahmen wir die Nachricht vom Tode unseres Kameraden Ernst Niehoff. Er wird uns in Erinnerung bleiben als aktiver Antifaschist und aufrechter Streiter für die Rechte der arbeitenden Menschen.

Der Landesvorstand

Buch-stabenfresser

Willy Hundertmark macht uns darauf aufmerksam, daß in seinem Artikel über den Reichtum der Deutschen Bank in der Ausgabe der Juli/August-Ausgabe des BAF der Nachname des Bankiers Rolf Ernst Breuer vergessen wurde. Dies sei hiermit nachgeholt.

Die Redaktion

Die Frauen von Obernheide

Am 17.7.1999 besuchte die Bremer Gruppe der VVN-BdA das Mahnmal Obernheide. Annegret Merke, Frauenbeauftragte der Gemeinde Stuhr, und Antje Burat, ehem. Schülerin der Kooperativen Gesamtschule in Brinkum, gaben Erläuterungen über die Hintergründe und Bedeutung des Mahnmals.

"In Obernheide, einem kleinen Ort in der Gemeinde Stuhr, befand sich von Sept. 44 - April 45 ein Außenlager des KZ Neuengamme. Die SS hat 1945 alles getan, die Spuren zu verwischen, die Engländer haben den Rest bombardiert, die Bevölkerung über die Existenz so gut wie nicht gesprochen.
38 Jahre später, 1983, fand der Historiker Hartmut Müller im Staatsarchiv Bremen einen schmalen Aktenband mit der Aufschrift: "Einsatz von weibl. KZ-Gefangenen". Auf wenigen Seiten enthüllte sich ihm in Umrissen das Schicksal von 800 jüdischen Frauen aus Polen und Ungarn, die von Auschwitz nach Bremen deportiert wurden, um als Zwangsarbeiterinnen eingesetzt zu werden.

Über das Staatsarchiv in Budapest gelang es ihm, eine Reportage zu veröffentlichen mit dem Aufruf an noch lebende, sich zu melden. Das war der Grundstein zu mündlichen und schriftlichen Berichten der Überlebenden. Seither sind mehrere Veröffentlichungen betroffener Frauen in deutscher Sprache erschienen, u.a. Lily Kerlesz, "Von den Flammen verzehrt", Donat Verlag, 1999. Schülerinnen und Schüler der KGS Brinkum haben in ihrem Projektkurs "Spurensuche" die Herausgabe des Erinnerungsberichtes vorbereitet.
Zum zweiten erschien Lily Maor, "Obernheide war nicht alles" in Gabriele Ullrich, "Von starken u. schwachen Frauen", Verlag Atelier im Bauernhaus, 1996. Frau Lily Maor hat das Komitee der Überlebenden von Obernheide gegründet und 350 Frauen ausfindig gemacht, die wie sie als jüdische Zwangsarbeiterinnen nach Bremen und Obernheide verschleppt wurden. Viele von ihnen waren 17 - 20 Jahre alt.
Sie waren vom Senator für das Bauwesen in Bremen zum Einsatz bei kriegswirtschaftlichen Baumaßnahmen angefordert worden. Die 800 Frauen waren zunächst in den Reitställen der Hindenburgkaserne (heute Rolandklinik) untergebracht. Als diese durch Bombenangriffe zerstört wurden, brachte man die Frauen nach Obernheide.

Annegret Merkel gibt Informationen über die Schicksale der Frauen in Obernheide

Sie wurden in Arbeitskommandos von 50 - 100 Personen eingeteilt und bei Abbruchunternehmen in Bremen zu Trümmerarbeiten eingesetzt. Beschäftigt waren die Obernheider KZ-Frauen u.a. in den Firmen Lüning u. Sohn, Ebeling, Friedrich Rodieck, Siemer u. Müller Stehmeyer u. Bischoff, Diedrich Rohlfs, Joh. Heitmann, Breiter, Gesselmann.

Je nach Bedarf forderten die Behelfsheim-Produzenten, die Abbruch-, Hoch- und Tiefbauunternehmen unterschiedlich große Kontingente der für sie so kostengünstigen Zwangsarbeiterinnen an. SS-Aufseherinnen, SS-Wachmänner und Wehrmachtssoldaten begleiteten die weibl. Häftlinge. Acht bis zehn Std. täglich klopften, säuberten u. stapelten sie Steine, rissen stehengebliebene Mauern bombardierter Häuser ab, gossen Betonsteine, schaufelten Sand, manchmal bargen sie sogar verschüttete Bombenopfer. Aus Obernheide machte sich die Kolonne um 6.00 Uhr morgens auf den Weg. Ein Marsch von mehreren Kilometern bis zu dem kl. Bahnhof von Stuhr lag vor den Elendsgestalten. Später, als alles bombardiert war, sind sie ganz zu Fuß nach Bremen gegangen.

Als sich die britischen Truppen dem Lager Obernheide näherten, mußten die Frauen im April 1945 das Lager in Richtung Bergen-Belsen verlassen. Sie mußten zu Fuß nach Uphusen, dort gab es ein weiteres Lager, wurden bei Verden auf Eisenbahnwaggons verladen u. einige Tage ohne Verpflegung hin u. hergeschoben,
bis sie nach 4 Tagen in Bergen-Belsen ankamen, starben in Obernheide 10 Frauen, kam während der Deportation die Hälfte der Frauen um.

Die Gemeinde Stuhr möchte mit dem 1998 eingeweihten Mahnmal an die erlittenen Leiden der Lagerinsassinnen erinnern und zugleich auf die Verpflichtung für ein friedliches Zusammenleben von Menschen hinweisen."

Annegret Merke

Die Koalitionsvereinbarung ist das Papier nicht wert

Menschenrechte verletzt - die Türkei erhält dennoch Panzer und Kriegsschiffe

Die rotgrüne Koalitionsvereinbarung ist das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist. Wir von der Deutschen Friedensgesellschaft lasen im Oktober, daß der "deutsche Rüstungsexport restriktiv gehandhabt und der Menschenrechtsstatus möglicher Empfängerländer als Entscheidungskriterium eingeführt wird".

Jetzt lesen wir in den Bremer Tageszeitungen: Tausend Leopard II und Fuchs-Panzer an die Türkei, die Bremer Werften Lürssen und Abeking & Rasmussen bauen sechs Minensuchboote im Wert von 1,15 Milliarden Mark für den selben Staat. Die türkische Regierung hat tausende Menschen, Kurden, ermorden und Dörfer zerstören lassen, also Menschenrechte verletzt, das auch mit deutschen Waffen.

Den Bremer SPD-Bundestagsabgeordneten Kröning, der Ja zu den Waffen-Deals sagt, fordern wir auf, endlich im Sinne der Koalitionsvereinbarung in seiner Partei und im Bundestag für den Stopp von Waffenproduktion und -exporten zu handeln.

Ernst Busche

Antifaschisten fordern ein "klares Signal"

Aus Anlaß der konstituierenden Sitzung der neuen Bürgerschaft wandte sich der Landesvorstand unserer Bremer Organisation an die Abgeordnetinnen mit dem Anliegen, Initiativen zu ergreifen, um die Wiederholung neofaschistischer Aktivitäten, wie den Aufmarsch der NPD zu Pfingsten in Blumenthal unmöglich zu machen und die Bewegungsfreiheit für solche Gruppierungen und Parteien wie DVU, NPD und Republikanern einzuschränken. Am 10 August erschien dazu im Weser-Kurier unter obiger Überschrift dankenswerter Weise die folgende Notiz:

Die VVN am 10. August vor der Bürgerschaf mit ihrer Forderung nach einer Gesetzesinitiative, die Nazis aus dem öffentlichen Raum verbannen soll. In Schwerin bereits geschehen.

" Die Bürgerschaft müsse ein klares Signal" setzen, daß in Bremen öffentliche Räume, öffentlicher Grund, Dienstleistungen des Einwohnermeldeamtes und anderer Behörden nicht für faschistische Gruppierungen zu Verfügung stehen. Das hat jetzt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten (VVN), gefordert. Die Bürgerschaftsabgeordneten erhielten vom VVN einen entsprechenden Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Schwerins und wurden aufgefordert, in Bremen eine ähnliche Initiative zu ergreifen. Diese könnte dazu beitragen, daß Aufmärsche von Parteien wie der NPD an Pfingsten in Blumenthal nicht mehr möglich werden. Kritik übt der VVN auch daran, daß die DVU vom Einwohnermeldeamt die Anschriften aller Jungwähler bekam und ihnen die "ausländerfeindlichen Hetzschriften auch noch frei Haus liefern konnten."

Übrigens: Antworten auf unsere Initiative erhielten wir vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion und vom stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Fraktion. Enttäuschende Antworten! Einmal mehr mußten wir hören: Diese Parteien sind nicht verboten, deshalb kann die Bürgerschaft gegen sie auch politisch nicht vorgehen.

Das sind für uns faule Ausflüchte. Es geht doch in Schwerin, warum bei uns nicht?

Herbert

Das war ein Gipfel

Am 30. Juli tagte in Sarajewo der Aufbaugipfel der Westdemokratien. Der Gipfel baute erstens zusätzlich 3.500 SFOR-Soldaten in Sarajewo auf. Zum zweiten wurde der Himmel mit Hubschraubern "dicht gebaut", damit kein Heckenschütze einen der Westdemokraten erschießen konnte. Außerdem hatten die Geladenen noch ihre eigenen Beschützer mitgebracht.

Am 25. Juni 1999, einen Tag vor seinem 55. Todestag, legten Schülerinnen und Schüler der 9., 11. und 12. Klasse der Mentor Schule, nach einem Vortrag über Homme Hoekstras Schicksal als Zwangsarbeiter in Bremen, Rosen am Mahnmal nieder.

Geladen waren alle Westdemokratien. Geladen waren Kosovaren und oppositionelle Serben. Der amtierende Präsident Slobodan Milosevic, in dessen Land die größten Schäden durch den unerklärten Krieg entstanden, war nicht eingeladen. Ganze drei Stunden hat der "Gipfel" getagt, und damit waren 6,5 Mill. Dollar verbraten. Ergebnis des Gipfels war gleich Null.

Halt !!! Da war doch mal ein Interview im Deutschlandfunk/Berlin. Der Befragte war der Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank Wolfgang Roth. Sein Schlußwort war: "Wir fangen einfach an wie damals 48 mit dem Marshallplan in den Westzonen bei uns. Ob die Eurobank teilnahm, wurde nicht registriert. Aber daß der US-Präsident 650 Millionen versprochen habe, war eine Meldung wert.

Willy

Keine DVU und NPD in die Stadtverordneten-versammlung von Bremerhaven!

Der Widerstand gegen die DVU und NPD muß in Bremerhaven weiter wachsen. Nicht nur wegen der stattfindenden Kommunalwahl am 26.09.1999, sondern für eine generelle antifaschistische Politik gegen neonazistische Organisationen in unserer Stadt. In der letzten Ausgabe des "Bremer Antifaschisten" gab es bereits einen Bericht über die Gegendemonstration in Bremerhaven. In unserer Stadt ist das neofaschistische Wählerpotential sehr gewachsen.

Über die Landtagswahlen in Bremen vom 06.06.1999 berichtete die Zeitung "Junge Welt" am 09.06.: "Wie schon 1987 setzte Frey daher alles dran, in Bremerhaven die 5%-Hürde zu überwinden. Im kleineren Wahlbereich steigerte sich die DVU dann von 4,7 Prozent auf 6 Prozent. Die 2.747 Stimmen in Bremerhaven reichen aus, daß die DVU wieder nach vierjähriger Abstinenz mit einem Mandat in der Bürgerschaft vertreten ist. Bemerkenswert ist hierbei das Abschneiden der DVU bei den 18- bis 44jährigen Bremerhavenern; in dieser Altersgruppe erreichten sie 12 Prozent."

Weiter heißt es in diesem Artikel: "Bezeichnenderweise durfte der gewählte DVU-Solist Siegfried Tittmann am Wahlabend nur in Begleitung eines Aufpassers - dem Frey-Intimus Heinrich Gerlach - vor die Kamera treten." Dies zeigt deutlich die "Bevormundung" der Bremerhavener DVU-Vertreter von München aus. Seine Reden, die er immer hält, wurden mit dem Faxgerät aus München angewiesen.

Antifaschisten demonstrieren gemeinsam gegen Nazis in Bremerhaven

Auch die NPD wird ihre Kandidatur zu den Kommunalwahlen ankündigen. Dies geht aus ihren Aktivitäten der letzten Monate bzw. Wochen hervor. In der letzten Zeit wurden verstärkt Aufkleber der NPD gesehen und natürlich entfernt bzw. mit antifaschistischen Aufklebern überklebt.

Die REPs haben in dieser Kommunalwahl auf die Kandidatur verzichtet, weil sie ein "Geheimabkommen" mit der DVU haben. Darin verzichten die REPs auf Kandidaturen in Bremen, Bremerhaven und Brandenburg, während die DVU auf ihre Kandidatur in Hessen und Berlin verzichtet!

Vor kurzem gab es eine Einladung des Stadtjugendrings Bremerhaven an die VVN/BdA, mit einer antifaschistischen Ausstellung aufzutreten. Das wird vom Termin her kurz vor der Kommunalwahl sein. In dieser Hinsicht wurde von den Parteien im Parlament nichts gemacht. Nach den ersten Erklärungen über ihren "Antifaschismus" und den Umgang mit der DVU hat sich nichts getan.

Wenn es Anfang September 1999 Veröffentlichungen der genannten neofaschistischen Parteien gibt, bzw. wenn sie auf ihre Wahlveranstaltungen hinweisen, müssen wir Antifaschistinnen und Antifaschisten darauf hinweisen und die demokratische Öffentlichkeit für Gegendemonstrationen gewinnen. Für antifaschistische Aufklärung gibt es in unserer Stadt viele Anlässe "Gespensterschiff", KZ-Langlütjen, Mißhandlungen in der Polizeiwache Jacobi-Straße, ... es gibt noch vieles mehr.

Christoph Gerdes

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" und für den "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit" wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Geb.-Datum _____

Beruf _____

Bremen, den _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Leider unter den Tisch gefallen

Bedauerlicherweise wurde in unser Juli/August-Ausgabe der Kernsatz des Artikels "Staatlich genehmigter Nazi-Aufmarsch zu Pfingsten in Blumenthal" von Walter und Ingrid Franke außen vor gelassen. Dies soll an dieser Stelle nachgeholt werden. Zudem demonstrierten am 23.05. in Blumenthal mehr als 800 Menschen gegen den Aufmarsch der NPD, doppelt so viele wie angegeben.
"Wurde es den Nazis am 1. Mai noch gerichtlich untersagt, in Osterholz-Tenever, einem Stadtteil aufzumarschieren, in dem viele ausländische Bürger leben, hat sich die Bremer Innenbehörde für den Stadtteil Blumenthal erst gar nicht auf einen gerichtlichen Weg begeben."

Die Redaktion

"Einseitiger Meinungskampf"

Der AStA mußte eine Schlappe hinnehmen, denn das Oberverwaltungsgericht (OVG) Bremen hat dem AStA untersagt, einen "einseitigen Meinungskampf" zu führen. Das hochschulpolitische Mandat soll der AStA überschritten haben. Angestoßen hatte das der Rechtsanwalt und Politikstudent Liesmann vom VDSt (Verein Deutscher Studenten). Der VDSt darf allerdings als "rassistisch", "nationalistisch" und "völkisch orientiert" bezeichnet werden. Das OVG bemängelte hauptsächlich den Ton, der in der AStA-Zeitung "30S" angeschlagen wurde.
Im "30S" ist zu lesen, der VDSt solle "sich verpissen". Dort wird der VDSt als "deutschtümliches Pack" oder als "rechte Säcke" bzw. als "Nazis" tituliert.

Es muß klar gesagt werden, daß das OVG nicht dem Kassler Gericht gefolgt ist, das in einem ähnlichen Fall dem AStA jegliche Meinungsäußerungen untersagt hatte, sondern "eigene Positionen zu Vorgängen innerhalb der Studentenschaft" erlaubt, so lange ein klarer "hochschulpolitischer Bezug" erkennbar ist.

Wenn sich eine Gruppe völkisch ausgerichteter Studentenschaft an einer Uni formiert, muß eine aufklärerische Tätigkeit seitens einer AStA nicht nur erlaubt, sondern gefordert werden. Über diese "Verbindungen" tragen altgediente Akademiker ihre deutschtümlichen Gedanken in die Studentenschaft. Wenn der Kampf hiergegen keinen klaren "hochschulpolitischer Bezug" hat, was den sonst? Gut der Ton könnte vielleicht etwas weniger polemisch sein.

Der VDSt gehört zum 1881 gegründeten "Verband der Vereine Deutscher Studenten" (VVDSt), der an etwa vierzig deutschsprachigen Universitäten vertreten ist. Im Bremen gibt es zur Zeit 25 Aktivisten im VDSt. Das "Handbuch deutscher Rechtsextremismus" (Berlin 1996) nennt den VVDSt als "völkisch ausgerichtet" wobei der Schwerpunkt bei der "Volkstumsarbeit" liege.

In einer "deutschlandpolitischen Erklärung" bekannte sich der VVDSt 1986 zu seiner geistig politischer Ausrichtung, als er beschloß, den "derzeit neutralen Status Österreich" anzuerkennen, und von den Österreichern als "Volksdeutsche" sprach. Prompt meldete sich das NPD-Blättchen "Deutsche Stimme" im Oktober 1986 und faselte von "vernünftigen politische Thesen", die "jeder Nationaldemokrat sofort unterschreiben" könne.

Gerold

80 Jahre Weimarer Verfassung

Das Jahr 1999 ist reich an Gedenktagen. Auch für den oben genannten gab es eine "Feier". Diese Verfassung konnte sich nicht verwirklichen - hieß es, - weil das "Volk" sie nicht verteidigt hat. Vornehm wurde dabei verschwiegen:

1925 wählte das Volk den Generalfeldmarschall Hindenburg zum Reichspräsidenten. Prompt forderten die 1919 enteigneten Fürsten ihr "Eigentum" zurück. SPD und KPD führten einen Volksentscheid gegen die Fürsten durch. Fast 15 Millionen Wähler stimmten für Beibehaltung der Enteignung. Trotzdem hatte die Entscheidung keine Rechtskraft, weil 51 Prozent für die Enteignung stimmen mußten, wie es die Verfassung forderte. Diese enthielt auch einen Artikel 48, mit dem Hindenburg von 1930 an regieren ließ, also mit Notverordnungen. 1932 wurde Hindenburg wiedergewählt. Die SPD hatte den Vorschlag der KPD abgelehnt, den Ministerpräsidenten von Preußen, Braun, zur Wahl zu stellen.

Es gab in der Weimarer Verfassung leider keinen Artikel, der den enteigneten Fürsten wie Hindenburg höchstens das aktive Wahlrecht erlaubt hätte. War daran das Volk schuld?

Willy

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Unsere Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen
Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62 (Willy Hundertmark) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 10. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Antikriegstag 1999

Ablauf der zentrale Gedenkveranstaltung am 01. September

Von 12:00 bis 14:00 Uhr findet ein Antimilitaristischer Schilderwald mit Zitaten aus allen Jahrhunderten in den Wallanlagen, zwischen Bischofsnadel und Kennedyplatz statt.

Die Mahnwache zum Gedenken an den Beginn der Zweiten Weltkriegs wird von 16:00 bis 17:00 Uhr auf dem Marktplatz abgehalten.

In der Zeit von 17:30 bis 19:30 Uhr sprechen Eckhardt Spoo, Wolf-Dieter Narr und Volker Kröning (MdB-SPD zum Thema: "Friedenssicherung und Konfliktlösung in Europa nach dem Kosovokrieg" im DGB-Haus am Bahnhofsplatz 28-32.

Am Samstag, den 04. September zeigt das Kabarett mit UrDrü um 20:00 Uhr das Stück ***"Soldaten sind keine Mörder"*** in der "Galerie des Westens", Reuterstraße 9, direkt neben dem Kairo.

Geburtstage September 1999

Anita Böhme	09.09., 89 J.
Hans-Joachim Streicher	09.09., 51 J.
Karl Wölz	16.09., 79 J.
Lisbeth de Vries	22.09., 86 J.
Georg Rademacher	30.09., 55 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand